

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

7.11.1922 (No. 260)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postfach
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Mend.
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für November 216 M. — Einzelnummer 10 M. — Anzeigengebühr: 10 M. für 1 mm Höhe und ein Sechstel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipale Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Gemeindewahlen.

Bei früheren Wahlen soll es vorgekommen sein, daß Wähler, obgleich sie in der Wählerliste eingetragen waren, deshalb nicht zur Wahl zugelassen wurden, weil sie die Benachrichtigung über den Eintrag in die Wählerliste nicht vorweisen konnten. Eine Zurückweisung aus diesem Grund ist nicht zulässig. Zur Wahl berechtigt ist jeder, der in der Wählerliste eingetragen ist und sich hinreichend über seine Person ausweisen kann.

Ausgabe und Annahme von Notgeld.

Bis jetzt haben die nachstehenden Städte und Gemeinden die Genehmigung des Reichsfinanzministers zur Ausgabe von Notgeld erhalten: Baden-Baden, Freiburg, Hornberg, Konstanz, Lörrach, Pforzheim, Rastatt, Weinheim, Furtwangen, Heidelberg, Meinaufenburg, Radolfzell, Waldshut, Singen, Reß, Zell i. B., Offenburg, Säckingen, Mannheim, Karlsruhe, Schopfheim, Gaggenau, Gernsbach und Forbach (letztere drei gemeinsam).

Der Präsident des Landesfinanzamts Karlsruhe, die Reichsbahndirektion Karlsruhe, sowie das badische Finanzministerium haben Weisung gegeben, daß die ihnen unterstellten Klassen das bis jetzt ausgegebene und demnächst weiter zur Ausgabe kommende Notgeld der badischen Städte und Gemeinden in Zahlung nehmen. Es ist also in weitem Maße dafür gesorgt, daß das in Baden ausgegebene Notgeld auch außerhalb des Landes Verwendung finden kann, so daß dem Notgeld der badischen Städte und Gemeinden ein möglichst freier Umlauf innerhalb Badens gesichert ist.

Die Laufzeit der Notgeldscheine beträgt durchweg 2 Monate. Wo aber die Laufzeit hiernach vor dem 15. Dezember 1922 endigen würde, hat der Reichsfinanzminister Allgemein genehmigt, daß die Scheine nicht vor dem 15. Dezember d. J. aufgerufen werden.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die Tendenz zur Verschlechterung hielt auch in der Reichswoche an, ohne daß im allgemeinen zurzeit schon von einer Arbeitslosigkeit großen Umfangs gesprochen werden könnte. Es machte sich jedoch eine Verminderung der Nachfrage nach Kräften in der Industrie und auch bei den ungelerten Bauarbeitern bemerkbar.

Andererseits wurden von der Landwirtschaft zur Einbringung der Kartoffelernte, die in der Ebene allerdings größtenteils schon beendet ist, für die übrigen Gegenden noch Kräfte dringend verlangt.

Auch in der Zementindustrie des Oberlands bestand größerer Kräftebedarf.

Die Metall- und Maschinenindustrie forderte immer noch ältere geschulte Spezialarbeiter an, im ganzen machte sich aber eine etwas verringerte Nachfrage bemerkbar; sie trat auch bei der Schwarzwalder Uhrenindustrie insofern in Erscheinung, als hier Hilfsarbeiter nicht mehr in nennenswertem Umfang gesucht sind, immerhin blieb Bedarf an Uhrmachern weiter bestehen. Die Arbeitszeitverlängerungen in der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie gingen schwach zurück, zurzeit arbeiten 14 Betriebe infolge Auftragsmangels mit 1-2-tägigen Verlängerungen, durch die 257 Männer und 138 Frauen betroffen sind.

In der Textilindustrie zeigte sich keine Veränderung der schwankenden Lage.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe hielten sich Angebot und Nachfrage einigermaßen die Waage.

In der Nahrungsmittelindustrie (Schokoladen- u. Konfektfabrikation) ist eine Verschlechterung eingetreten, ebenso hielt die Verminderung des Kräftebedarfs in der Tabakindustrie an.

Im Baugewerbe flaute die Nachfrage unter der Wirkung der schlechten Witterung schwach ab, betroffen wurden insbesondere Baustagelöhner und Erdbauarbeiter.

Weiter verringert hat sich die Kräftefrage im Buchdruckergewerbe.

Der Völkerbund und das deutsche Grenzland.

Von Dr. Hermann Bahndt, M. d. R.

Weltreichende Befugnisse sind dem Völkerbund gegeben. Er beeinflusst die Verwaltung Danzijs, des Memelgebietes, des Saarbeckens, er verteilt die Mandate für die Kolonien, ihm war es vorbehalten, jene Zerstückelung von Oberschlesien zu beschließen, die den Interessen der dortigen Bevölkerung so schwer geschadet hat, ihm ist der Schutz der Minderheiten übertragen. Aber wie wendet er seine Befugnisse an?

Klagen über Klagen kommen aus allen Gebieten, über die der Völkerbund gesetzt ist. Nach dem Friedensvertrag soll im Saargebiet nur eine örtliche Gendarmerie zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung eingerichtet werden. Gleichwohl hören wir, daß sich dort französische Soldaten, unbekümmert um die Vertragsbestimmungen aufhalten. Festzustellen wäre, ob wir diese Soldaten nicht auch noch bezogehen müssen und für einen Unterernant monatlich soviel aufwenden, wie für einen deutschen Staatsfretär.

Der Völkerbundrat hat in seiner Sitzung vom 30. September 1922 entschieden, daß alle im jetzigen Neupolen wohnhaften Anwohner, die ihre Rentenverträge vor dem 11. November 1918 abgeschlossen haben, auch dann ihre Grundstücke rechtsgültig behalten dürfen, wenn die dänische Aufklärung erst nach diesem Zeitpunkt erfolgte. Die polnische Regierung trägt dieser Entscheidung nicht Rechnung, sie hat vielmehr zahlreiche Anwohner dieser Art von ihrer Scholle entfernt. Was tut der Völkerbund, um das Unrecht zu sühnen? Nichts, rein gar nichts!

Im Artikel 10 der Völkerbundsatungen verpflichten sich die vertragsschließenden Teile, die territoriale Unverletzlichkeit und die politische Unabhängigkeit aller dem Bunde angehörenden Staaten zu achten und gegen jeden ungesetzlichen Angriff zu wahren. Das entspricht durchaus dem Grundgedanken, dem der Völkerbund sein Dasein dankt. Der Bund soll auf Gerechtigkeit und Ehre begründete internationale Beziehungen unterhalten, soll dafür sorgen, daß Verträge peinlich beachtet werden. Man braucht nur nach Oberschlesien zu blicken, um sich davon zu überzeugen, wie wenig Polen, ein Mitglied des Völkerbundes, diesen Grundsatz beachtet. Es unterwühlt die Beziehungen, es läßt von seiner auf die Verdrängung des Deutschentums gerichteten Propaganda noch immer nicht ab, es laßt Menschen, wie die bekannten Trunhardt, um sie gegen die Deutschen auszuspielen. Es erschwert ohnedies schon schwierige Lage der deutschen Schulen durch den Ausschluß reichsdeutscher Lehrkräfte, wie dies aus der Verordnung des Polener Schulrektors hervorgeht, die die Ausübung des Lehrberufs von dem Wille der polnischen Staatsangehörigkeit abhängig macht. Neuerdings hat sogar der polnische Ministerpräsident Hilfe versprochen. Ob er indes mit seiner Pflicht bis zu den mittleren und unteren Stellen durchdringt, ist höchst zweifelhaft. Der Oberschlesische Hilfsbund ist bemüht, gegen all diese Bedrückungsversuche Front zu machen und das Deutschland in seinen Kulturbeziehungen wirksam zu schützen. Seine Erfolge sind unbestreitbar.

Im besetzten Rheinland erlaubte sich die Besatzungsbehörde mehrfach Übergriffe gegen Parlamentarier des Deutschen Reichs und der Länder. Es sind Verfügungen vorgekommen, trotz der gesetzlich festgelegten Immunität der Abgeordneten. Vernehmungen haben ohne genügenden Anlaß stattgefunden. Sachliche Neben der Abgeordneten in den Parlamenten oder Versammlungen auch im besetzten Gebiete sind zum Gegenstande von Untersuchungsverfahren gemacht worden. Selbst in die Reichsliste greift man ein; die Angelegenheit Smeets ist in aller Gedächtnis.

Beschwerden, die nach dieser Richtung hin an den Völkerbundrat gelangen, pflegen wirkungslos zu bleiben. Der Bund betrachtet sich in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung eben nur als eine Versicherungsgesellschaft der Siegerstaaten und nicht als unparteiisches Organ der gesamten Staatenwelt. Das war auch der Grund, weshalb die Vereinigten Staaten von Amerika den ihnen angebotenen Sitz im Rat nicht angenommen haben. Präsident Harding erklärte wörtlich: „Ganz offenkundig wurde das höchste Ziel des Völkerbundes dadurch hinfällig gemacht, daß der Bund mit dem Friedensvertrage verrietet und dadurch zu einem Zwangsmittel der Sieger im Kriege wurde.“ Die gleiche Erkenntnis trieb Argentinien aus dem Völkerbund heraus.

Eine Wendung zum Besseren wird erst möglich sein, wenn Frankreich die Vorherrschaft dadurch verliert, daß die jetzt noch fernstehenden Staaten dem Bunde beitreten. Nur dann kann er dem großen Grundgedanken gerecht werden, aus welchem er entstanden ist. Vor allem muß Deutschland die Mitgliedschaft und einen Sitz im Rat erhalten. Die Aussichten für unsere Aufnahme sind gut. England hat uns wiederholt aufgefordert, den entsprechenden Antrag zu stellen und uns verpflichtet, ihn zu unterstützen. Für die Aufnahme in die Völkerbundsammlung genügt ein Mehrheitsbeschluß. In seinem Zustandekommen ist nicht zu zweifeln, da auch die Neutralen unseren Beitritt dringend wünschen. Mit uns würde dann auch sicher Rußland, Nordamerika und Argentinien eintreten, und die französische Gewaltpolitik wäre geädert.

Kann sich Deutschland auf dem Fuße der Gleichberechtigung an den Arbeiten beteiligen, so gewinnt es unmittelbaren Einfluß auf die Erledigung der Geschäfte in den Gebieten, in deren Besetzung oder Abtretung es hat willigen müssen. Es

wird der berechtigte Sachwalter der Stammesgenossen und braucht sich nicht mehr auf papierne Proteste zu beschränken. Im mündlichen Verfahren kommt man weiter als im Schriftstenaustausch. Es knüpfen sich persönliche Beziehungen an, die für die Sache ausgenutzt werden können.

„Camp de Ludwigswinkel.“

Die Franzosen haben sich in der Pfalz einen groß angelegten Truppenübungsplatz — auf Deutschlands Kosten — geschaffen. Er trägt den Namen „Camp de Ludwigswinkel“ und hängt räumlich mit dem bischer Truppenübungsplatz, dem ehemals der deutschen Armee dienlichen Übungsgelände an der Grenze von Lothringen und Rheinpfalz zusammen. Auf jedem der beiden Truppenübungsplätze ist Unterkunft vorgesehen für je eine Infanteriebrigade, ein Artillerieregiment und sonstige kleine Formationen. Bei enger Verlegung unter Heranziehung der umliegenden Ortschaften kann in jedem Lager eine volle Division untergebracht werden, so daß Übungen im Divisions- und Korpsverband möglich sind. Abgesehen von der politischen Bedeutung dieser Tatsache sei auf die schweren volkswirtschaftlichen und sittlichen Schäden hingewiesen, die durch diese Truppenzusammenziehung hervorgerufen werden.

Die Anlage des Ludwigswinkler Truppenübungsplatzes brachte die Beschlagnahme von 3000 Hektar bei Eppenbrunn, Ludwigswinkel und Fischbach mit sich, durchwegs schönes Wald- und Wiesengelände. Die hochstämmigen Buchen- und Eichenwälder (es waren namentlich schöne Alteichenbestände vorhanden), befanden sich ausschließlich im Besitz des bayerischen Forstärars. Nach der zweiten Denkschrift des Reichsfinanzministers für den Reichstag vom 1. Mai 1922 beträgt der Gesamtaufwand mindestens 200 Millionen Mark damaliger Valuta. Hierzu kommt für das Reich voraussichtlich noch eine bedeutende Abfindungszahlung für das nunmehr erloschene oder beschränkte Nutzungsrecht an Holz, Streu und Weide von 15 Gemeinden. Die Sperrung der Gegend bei Scharfshiebungen bedeutet für die in Mitleidenschaft gezogenen Gemeinden eine nicht unerhebliche Schädigung. Vor allem aber sind die häufigen Truppeneinquartierungen eine drückende Last für die anliegenden Ortschaften, die durch das brutale, überhebliche Verhalten der weißen und farbigen Franzosen bis zur Untragbarkeit gesteigert wird.

Es liegt auf der Hand, daß die Ansammlung bedeutender Truppenmassen anderer Rasse und anderer Moral, die sich in „Siegerlaune“ nicht genug tun können und die in deutschem Gelde förmlich schwimmen (erhält doch ein Soldat neben seiner Frankennährung rund 2300 M. monatlich) eine schwere Gefahr für die einheimische Bevölkerung in sich birgt.

Wie bedenklich die zahlreichen unsittlichen Verfassungen durch herumlungende Soldaten sind, zeigt ein Brief aus der Ludwigswinkler Gegend vom August 1922, den wir nachstehend im Auszug wiedergeben: „Heute vormittag war ein junger Mann aus Ludwigswinkel bei mir. Meine Bemerkung brachte den jungen Mann zufällig auf die Schilderung von Verfassungen in sittlicher Beziehung, die mir, zumal ich seit Wochen nicht mehr dort war, fremd waren. Auf meine Bemerkung, daß „Geschlechtskrankheiten da doch noch leichter wie ohnehin heute überall vorkommen könnten, sagte er: „bis jetzt hätte sich die deutsche Frauenwelt abweisend verhalten.“ Sie wußten übrigens auch sehr wohl, daß sie von ihnen — den Ludwigswinkler Männern — die darin keinen Spaß verständen, auch selbst ganz gründlich verhauen würden, wenn sie mit ihnen sich abgaben. Dagegen würden die „Gelben“ wie mit Frauen und Mädchen, auch mit Knaben und Burischen verkehren. Die „Gelben“ würden sich überhaupt sehr unständig auführen. Die Frauen aus Ludwigswinkel mühten, wenn sie den Männern das Essen trugen, bei ihnen vorbei. Da hätten sich diese kürzlich ziemlich nackt herumgetrieben und allerlei Schweinereien verübt. Die Frauen hätten sich sofort an den Dolmetscher gewandt, der die Offiziere verständigt habe, welche dann an jenem Platze Posten aufgestellt hätten.“

Ferner gab der Mann bei mir an, ein gelber Soldat habe junge Burischen angedreht, ihm Mädchen zu verschaffen, aber, wenn dies nicht möglich sei, selbst mitzugehen. Nach den Erzählungen des Mannes müßte ich annehmen, daß solche Anträge öfters gestellt worden seien, als die Bevölkerung zur Selbsthilfe gezwungen habe. Der junge Mann gibt an, für eine Mademoiselle würden 1000 M. geboten, für einen Knaben 500 Mark. Man sei nur in einem solchen Falle scheinbar auf das Angebot eingegangen. Der Betreffende habe dann das Rendezvous mit dem gelben Soldaten verabredet, andere Burischen hätten sich in der Nähe versteckt. Man habe es zur vorherigen Geldbezahlung kommen lassen. Als dann die Kaufsumme bezahlt gewesen sei, seien die Burischen über den Gelben hergefallen und hätten ihn gründlich verprügelt. Diese Begebenheit habe offenbar unter den Gelben in aller Stille aber doch wie ein Lauffeuer, die Kunde gemacht. Seit diesem Tage hätten sie sich mit solchen Anträgen widernatürlicher Unzucht nicht mehr an die Ludwigswinkler herangeiraunt. Etwas ernsthafter als dieses Erlebnis selbst noch ersehnt mir eine Bemerkung zu werden, die der junge Mann so nebenbei im Gespräch tat. Er sagte, die Knaben und jungen Leute in Ludwigswinkel hätten bis vor kurzem gar nicht gewußt, daß es solche Schweinereien gäbe. Jetzt wüßten es alle im Dorf.

Vor allem handelt es sich nicht nur um die Einzelfälle solcher unsittlichen Angriffe, so bedauerlich dieselben auch für die Betroffenen sein mögen, zumal es im Verlauf derselben natürlich auch zu Luftmercen usw. bei dem Volkscharakter der tropischen Ausländer kommen kann, sondern fast noch schlimmer ist, daß die Bevölkerung und vor allem die Jugend unserer Landorte sittlich vollkommen verderbt wird, und daß vor allem die Reize von widernatürlichen Unzuchtarten in den Landorten ihren Eingang hält und zum mindesten bekannt wird, die bisher glücklicherweise ihnen fremd waren.“

Politische Neuigkeiten.

Zu den Reparationsverhandlungen.

Die Kommission hat entsprechend ihrem Verlangen, eine Ergänzung des am Freitag überreichten Materials zur Stabilisierungsfrage erhalten. Der Wortlaut dieser Ergänzung, die man nicht ganz treffend „endgültige deutsche Vorschläge“ bezeichnet hat, ist noch nicht bekanntgegeben; man darf aber seine Veröffentlichung wohl für die allernächste Zeit erwarten, sobald eine Abscheinung mit der Reparationskommission erfolgt ist. Der Reichsregierung waren für diese Ergänzung durch ihre schriftlichen Mitteilungen vom Freitag bereits gewisse Linien vorgezeichnet worden, und es handelt sich nun darum, die Wünsche der Reparationskommission nach Mitteilung einzelner konkreter Maßnahmen und Pläne zu befriedigen. Wenn man sich das vor Augen hält, wird man annehmen dürfen, daß auch die überreichte Note in der Forderung nach einer auswärtigen Stabilisierungsanleihe etwa in der Höhe einer halben Milliarde Goldmark und einer Befreiung von Verzinsungen samt einer Einschränkung der Sachleistungen gegipfelt habe. Die Mitteilung weiterer konkreter Einzelheiten scheint auch diesmal in der Hauptsache unterblieben zu sein.

Wahrscheinlich am heutigen Dienstag wird eine Besprechung zwischen der Reparationskommission und Regierungsvertretern über die Frage der Holz- und Kohlenlieferungen stattfinden, die durch die früher bereits erwähnte Forderung der Kommission seit einigen Wochen wieder akut geworden ist. Es wäre möglich, daß bei dieser Gelegenheit Anregungen auf eine Begrenzung dieser Sachleistungen, die auch in dem gestern überreichten Memorandum hätten Platz finden können, mündlich oder schriftlich vorgebracht werden. Es käme dabei in Betracht, eine Beschränkung des Kohlenlieferungslozes auf diejenige Menge, um die die französische Produktion in dem zerstörten Gebiet hinter dem Friedenslieferungsloz zurückbleibt, und um die Bereitstellung von Kohlen zur Ausführung von Wiederaufbauleistungen. Bis jetzt wird, von einer geringfügigen Ausnahme abgesehen, Deutschland für alle Arten von Wiedergutmachungslozen nur der Inlandspreis zugestanden. Dieser Preis wäre gerechtfertigt nur für das Kohlenquantum, das künftig auf Grund der Wiederaufbauverträge für die Produktion von Wiederaufbau geteilt werden müßte, nicht aber für die Kohlenmengen, die für den französischen Markt bestimmt sind. Erheblich erträglicher würden diese Lieferungen, wenn es gelänge, für sie die Gültigkeit des Weltmarktpreises oder des französischen Kohlenpreises zu erlangen.

Eine gemeinsame Beratung.

Nachdem sich die Reparationskommission ursprünglich gewöhnlich mit den vom Reichskanzler nach Berlin geladenen ausländischen Finanzsachverständigen auch nur in einem offiziellen Verkehr zu treffen, ist es doch zu einer gemeinsamen Beratung gekommen, nachdem die Reparationskommission die Vorschläge der deutschen Regierung entgegengenommen hatte. Sowohl die Mitglieder der Sachverständigenkonferenz als auch Mitglieder der Reparationskommission folgten einer Einladung in einem Privathaus, um dort durch persönliche Führungnahme ihre Ideen auszutauschen. Auch der amerikanische Vorkaufser Boyden war erschienen. Von deutscher Seite nahmen die Führer der Industrie, Friedrich Siemens und Helig Deutsch, der Präsident des Kalitonzerns, Geheimrat Kempner, der sich übermorgen nach New York einschiffte, vom Auswärtigen Amt Geheimrat Ritter, der frühere Gesandte Graf Harry Kehler und schließlich die Abgeordneten Dr. Dillenberg und Dr. Breitscheid teil. Auch der englische Vorkaufser in Berlin, Soughton, war erschienen. In ungezwungener Aussprache wurden die Grundprobleme der Stabilisierung der Mark und die Frage der Anleihe erörtert, wobei der ebenfalls anwesende Leiter der Deutschen Bank, von Gwinner, beiden Richtungen der Kommissionsmitglieder reichen Ausschluß geben konnte.

Die drei Sachverständigen, Professor Jants, Professor Cassel und Keynes, haben am Samstag bis in die späte Nacht an dem von der deutschen Regierung erbetenen Gutachten gearbeitet. Man darf annehmen, daß die Sachverständigen zu einem einmütigen Gutachten gelangen werden.

Die „desinteressierte“ deutsche Regierung.

Die der Reparationskommission überreichten deutschen Vorschläge finden in der französischen Presse ungewöhnlich scharfe Kritik. Die Berliner Korrespondenten der Blätter berichten, die Vorschläge hätten bei den Mitgliedern der Kommission ohne Unterschied bittere Enttäuschung hervorgerufen und die Fortsetzung der Verhandlungen werde als aussichtslos betrachtet. Die Kommission werde noch über die Frage der Kohlen- und Holzlieferungen verhandeln und spätestens am Donnerstag Berlin verlassen.

„Echo de Paris“ fragt, ob sich die deutsche Regierung mit ihren Vorschlägen über die Kommission habe lustig machen wollen oder ob sie lediglich der Ausfluß ihrer Ungeschicklichkeit seien. Die Kommission habe wenigstens den Beweis eines guten Willens erbracht, und sie wäre in diesem Falle bereit gewesen, die deutsche Regierung in ihrer Aufgabe zu unterstützen. Die deutschen Vorschläge zeigten dagegen, daß sich die deutsche Regierung völlig desinteressiere, indem sie die Reparationskommission an ein internationales Komitee verweise. Die Vorschläge bewiesen die ganze Unfähigkeit des Herrn Wirth.

Durch die Schuld des Reichskanzlers, so schreibt der „Matin“, sehe sich die Reparationskommission außerstande, die Verhandlungen, die nunmehr ohne Objekt seien, fortzusetzen. An Stelle konkreter und präziser Vorschläge, die einige Optimisten noch immer erhofft hätten, trübe sich die deutsche Regierung aufs neue um alle Verpflichtungen, indem sie der Reparationskommission zumute, an Stelle Deutschlands mit der internationalen Finanz über eine Anleihe zu verhandeln. Die Frage der Marktstabilisierung habe die Frage der Reparationen in den Hintergrund gedrängt. Das Blatt behauptet, die Kommission wäre schon gestern abend abgereist, wenn sie nicht noch über die Kohlenlieferungen hätte verhandeln wollen.

Der Korrespondent des „Journal“ schreibt, er wolle nicht von einem klatschhaften Mißerfolg der Reparationskommission sprechen, da die Reise ja nur dem Studium der deutschen Verhältnisse gedient gewesen sei. Aber es müsse gesagt werden, daß das Ergebnis der Verhandlungen absolut negativ sei. In den Kreisen der Reparationskommission sei man sehr vorgestern ausgeprochen pessimistisch und es herrsche Einmütigkeit darüber, daß die deutschen Vorschläge absolut unannehmbar seien. Die Situation sei außerordentlich ernst und kritisch.

Es ist auffällig, mit welcher Übereinstimmung sämtliche Blätter von dem Vorhandensein weitgehender Meinungsverschiedenheiten innerhalb der deutschen Regierung sprechen und behaupten, der Finanzminister Hermes sei bereit gewesen, den Wünschen der Reparationskommission Rechnung zu tragen, sei daran aber vom Reichskanzler und anderen Mitgliedern der Regierung verhindert worden.

So meldet das „Journal“, es stehe fest, daß das Scheitern der Verhandlungen vor allem einigen Mitgliedern der deutschen Regierung zuzuschreiben sei. Wenn Dr. Hermes nicht vom Anfang bis zum Ende der Verhandlungen so außerordentlich entgegenkommend und anständig gewesen wäre, so würde sicher die Schuld der Reparationskommission nicht so lange gebauert haben. Tatsache sei, daß die Regierung Wirth nicht mehr dem Willen der öffentlichen Meinung entspreche. Die

Kommission habe mit einem Kabinett verhandelt, dessen Kompetenz und dessen innere Kraft mehr als diskutabel sei und das außer Stande sei, die Wünsche der Entente zu befriedigen.

„Echo de Paris“ schreibt: „Es ist bekannt, daß ein tiefer Gegensatz zwischen dem Reichskanzler und dem Finanzminister besteht. Die gestern überreichten Vorschläge beweisen, daß Hermes, der sich während der Verhandlungen außerordentlich konzipiert hat, sich im Kabinett nicht durchzusetzen vermochte. Das Kabinett Wirth wird die Verantwortung tragen für die schweren Ereignisse, die man für die allernächste Zeit voraussehen kann. Die Industriepartei, die sehr bald aus Ruder zu kommen hofft, behauptet, ein komplettes Reparationsprogramm zu haben, aber sie erklärt, nicht die Absicht zu haben, die Aufgabe des Kabinetts Wirth zu erleichtern.“

Der „Matin“ glaubt ankündigen zu sollen, daß schon zu Beginn der kommenden Woche die Konsequenzen des Scheiterns der Verhandlungen sich in der inneren Politik des Reiches bemerkbar machen würden.

Dr. Wirth und Hermes.

Das Vorhandensein von Gegensätzen zwischen dem Reichskanzler Dr. Wirth und dem Finanzminister Hermes, das in der Pariser Morgenpresse behauptet wurde, wird durch eine Information der Botschaften bestätigt. Diese Differenzen seien so zugespitzt, daß es sehr schwer erschein, sie wieder auszugleichen. Die Situation kann an der Hand dieses Berichtes folgendermaßen charakterisiert werden:

Hermes, der von der Entente als ein weit geeigneterer Partner für Reparationsverhandlungen betrachtet wird als der Reichskanzler, wird von der Linken und zwar besonders von den Sozialdemokraten, heftig bekämpft und gilt als Kandidat der Reichsparteien mit Einschluß der Volkspartei für die Kanzlerschaft. Es ergibt sich somit der ungewöhnliche Fall, daß die rechtsstehenden Parteien einen Reichskanzler mit einem außerpolitischen Verständnisprogramm wollen und daß die Linke diese Kandidatur verweist. Die einfache Erklärung ist allerdings darin zu suchen, daß Wirth ebenso wie die Sozialdemokraten ihre Reparationspolitik vorwiegend nach englischem Gesichtspunkt eingestellt haben, während Hermes bekanntlich schon seit der Konferenz von Genau Verständigungsmöglichkeiten mit Frankreich sucht. So wird in Berlin behauptet, daß Hermes für eine konkretere Fassung und Beseitigung der Regierungsverordnungen zur inneren Stabilisierung der Mark eingetreten sei. Es ist schließlich noch daran zu erinnern, daß Wirth und Hermes der gleichen Partei, nämlich dem katholischen Zentrum, angehören.

Reibel für Erfüllung der Reparationszahlungen.

In der Schlussitzung des Kongresses der demokratisch-sozialen Partei in Marseille ergreift der Wiederaufbauminister Reibel namens der Regierung das Wort. Er führte u. a. aus: „Ein ungeheures Werk bleibt noch zu erledigen, nämlich die Befundung unserer finanziellen Lage und die Erfüllung der Reparationszahlungen, die es erlauben werden, die schweren Lasten zu erleichtern, die das ganze Land zugunsten seiner Kriegsschuldigen und der übrigen Geschädigten auf sich genommen hat. Die Regierung ist fest entschlossen, diese Reparationen zu verlangen. Sie verkennt keineswegs die Schwierigkeiten der Lage, in der sich Deutschland befindet, aber sie wird niemals zulassen, daß diese Lage — gemollt oder nicht — immer angeführt wird, um der Erfüllung regelrecht übernommener Verpflichtungen auszuweichen. Sie beabsichtigt im Gegenteil, die Eintreibung ihrer Forderungen mit allen Mitteln und unter allen Formen zu verfolgen, die ihr angebracht erscheinen, um positive Ergebnisse zu erzielen. Genau so, wie Sie den Wunsch geäußert haben, so ist auch die Regierung der Ansicht, daß eines dieser Mittel in einer möglichst ausgedehnten Anwendung der Vereinbarungen von Wiesbaden und Berlin besteht und in einer großen Beteiligung der Produktion und vielleicht sogar der deutschen Handarbeit am Wiederaufbau der verunstalteten Gebiete.“

Ausdehnung des Rapollovertrages.

Die deutsch-russischen Verhandlungen über die Ausdehnung des Rapollovertrages auf die mit der russischen sozialistischen föderativen Sowjetrepublik verbündeten Staaten Weißrussland, Ukraine, die drei kaukasischen föderativen Republiken und die fernöstliche Republik haben zu einem Vertrag geführt, der heute von beiden Seiten unterzeichnet wurde. Dieser Vertrag enthält ferner die wesentlichen Bestimmungen des Vertrages vom 6. Mai 1921, die zur Herstellung einer Grundlage für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und den obengenannten Staaten nötig sind.

Der neue sächsische Landtag.

Kunmehr sind wir in der Lage, das Gesamtergebnis der sächsischen Landtagswahlen zu überblicken. Entgegen der gestrigen Meldung, welche erst das Wahlergebnis von den sieben größten Städten bringen konnte, da die Resultate aus den Landbezirken noch ausstünden und sich dadurch eine kleine Verzögerung nach der bürgerlichen Seite auswirken schien, können wir heute einen nicht unbedeutenden Wahlerfolg der sozialistischen Parteien feststellen. Die Gesamtresultate liegen jetzt vor. Danach wurden abgegeben:

Im Wahlkreis Dresden-Waun: Deutschnationale Volkspartei 190 422 (175 819), Wirtschaftspartei 5201 (17 725), Deutsche Volkspartei 102 275 (141 180), Vereinigte Sozialdemokratische Partei 419 087 (882 682), Zentrum 15 730 (2000), Kommunisten 51 556 (81 480), Deutschsozialistische Partei 10 200 (6018) und Deutschdemokratische Partei 81 988 (52 072), insgesamt im Wahlkreis Dresden-Waun 936 409 (773 770) Stimmen. — (Die Zahl in Klammern betreffen die Landtagswahlen 1920.)

Im Wahlkreis Leipzig: Deutschnationale Volkspartei 132 839 (119 823), Deutsche Volkspartei 153 304 (110 818), Vereinigte Sozialdemokratische Partei 265 537 (218 246), Zentrum 3550 (2709), Kommunisten 83 329 (67 539), Deutschdemokratische Partei 47 401 (56 000), insgesamt im Wahlkreis Leipzig 696 056 (675 136) Stimmen.

Im Wahlkreis Chemnitz-Weiden: Vereinigte Sozialdemokratische Partei 374 195 (332 501), Kommunisten 131 850 (78 396), Deutschnationale Volkspartei 106 982 (138 294), Deutschdemokratische Partei 74 056 (46 637), Zentrum 3023 (2458), Deutschsozialistische Partei 1161 (0), Deutsche Volkspartei 153 848 (133 526), insgesamt im Wahlkreis Chemnitz-Weiden 910 715 (731 785) Stimmen.

Im ganzen Lande wurden abgegeben: Sozialdemokraten insgesamt 1 059 131 (873 083), Kommunisten 266 755 (177 888), Deutschnationale 490 375 (433 936), Deutsche Volkspartei 474 484 (385 524), Demokraten 214 190 (159 703), Zentrum 2288 (22 731), Deutschsozialistische 11 361 (6013), Wirtschaftspartei 5201 (17 725) Stimmen.

Es erhielten die Sozialdemokraten 41, die Kommunisten 10, Deutschnationale 19, Deutsche Volkspartei 18, die Demokraten 8 Sitze.

Die Konferenz von Lausanne.

Der griechische Minister des Äußern Politis ist nach einer Matin-Meldung in Belgrad eingetroffen, um über eine Verständigung mit Jugoslawien in den Orientfragen und Jugoslawiens Unterstützung auf der Lausanner Konferenz im Hinblick auf die Autonomie Ost-Thraziens zu verhandeln. Auch die Erneuerung und Modifizierung des serbisch-griechischen Bündnisses vom Jahre 1913 soll besprochen werden.

Gegen die interalliierte Militärbesatzung.

Havas meldet aus Konstantinopel: Die Vertreter der Regierung von Ankara haben den verbündeten Oberkommissaren eine Verbalnote überreicht, in der ausgedrückt wird, daß die interalliierte Militärbesatzung unnützlich und unmöglich geworden sei, da die Verwaltung Konstantinopels durch die Angora-Regierung übernommen worden sei. Die Note spricht am Schluß die Hoffnung aus, daß die Verbündeten die Wünsche um sofortige Räumung günstig aufnehmen werden.

Die Havas über London meldet, ist dort die Nachricht eingegangen, daß in Stambul, Kutari und anderen Vororten Konstantinopels außerordentlich heftige Manifestationen stattgefunden hätten. Es habe keine Reihe von Demonstrationen und auch eine Anzahl Tote gegeben. Die türkische Gendarmerie soll außerdem in die neutrale Zone von Tschana eingedrungen sein. Die Havas aus Konstantinopel weiter meldet, hat der bisherige Großwesir Achmed Tewfik Pascha in einer Unterredung erklärt, der Sultan sei über die gegenwärtige Lage zwar äußerst niedergeschlagen, habe aber keineswegs die Absicht abzugeben. Da ihm mit einer Anleihe gedroht wurde, wüßte er sich vor der Nation zu reinigen.

Die Räumung Konstantinopels abgelehnt.

Weiter meldet aus Konstantinopel: Die Oberkommissare der Alliierten haben der Regierung von Ankara mitgeteilt, daß sie die Forderung nach Aufhebung der interalliierten Besatzung kategorisch ablehnen.

Der Sultan will nach Indien.

Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ berichtet aus Konstantinopel: Der Sultan weigere sich, den Titel Sultan abzulegen. Die Ruhe und Entschlossenheit, die er augenblicklich an den Tag lege, stimme so wenig mit seinen Gewohnheiten überein, daß man sicher sein könne, er habe Sicherheitsbürgschaften von England erhalten. Der Sultan erkläre, daß er der Belästigungen überdrüssig sei, mit denen ihn die Anhänger von Angora bedenkten, und daß er das Land verlassen wolle, um sich nach Indien zu begeben, wo die Muselmanen große Verehrung für ihn hegen.

Havas meldet aus Konstantinopel daß der Großwesir gestern die alliierten Oberkommissare davon verständigt hat, daß das Kabinett die Beteiligung der Pforte an der Konferenz von Lausanne nicht für nötig halte. Das Kabinett habe in Ankara wissen lassen, welche Haltung es unter den gegenwärtigen Umständen einzunehmen gedenke. Man glaube zu wissen, daß das Ministerium die Geschäfte weiterführen wolle, bis die Regierung der großen Nationalversammlung sie übernehme.

Kurze polit. Nachrichten.

* Zusammenkunft zwischen Bonar Law und Poincaré. Wie Havas aus London meldet, wird in gut informierten englischen Kreisen bestätigt, daß die englische Regierung die Initiative ergreife wird, eine Zusammenkunft zwischen Poincaré und Bonar Law vorzuschlagen, ehe die Konferenz, die in Brüssel am 15. Dezember zusammenzutreten soll, eröffnet wird. Bis heute sind aber weder Datum noch Ort dieser Zusammenkunft bestimmt, aber es steht auf alle Fälle fest, daß diese Zusammenkunft zwischen diesen beiden Premierministern erst nach den englischen Wahlen stattfinden kann.

* Anklage gegen König Konstantin. Havas meldet aus Athen, daß den Zeitungen zufolge gegen König Konstantin folgende Anklage gerichtet sei: 1. daß er unter Verletzung der Verfassung tatsächlich den Befehl über das Heer geführt habe und infolgedessen verantwortlich sei; 2. daß er und obgleich er davon überzeugt gewesen sei, daß seine Abkündigung eine günstige Lösung der nationalen Frage herbeiführen würde, sich nicht bereit habe, abzutreten; 3. daß er als Chef der Armee seinen Posten vor dem Feinde sofort nach der Niederlage von Malda aufgegeben habe.

* Ein Rekord der deutschen Flugzeugtechnik. Ein Junkers-Überseeflugzeug hat gestern trotz Sturm böen den Groß-Weener und Großvenediger mit der üblichen Beladung von sechs Personen zum ersten Male überflogen. Die Leistung ist um so bemerkenswerter, da es sich um eins der in ständigem Dienst befindlichen Verkehrsflugzeuge handelt, die den Ententebestimmungen vollkommen entsprechen.

* Gefängnis für das Singen der Nationalhymne. Auf dem Pfälzisch-alemannischen Fest auf der Kropsburg, von dem wir bereits berichtet haben, wurde bekanntlich auch das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen, worauf die französische Gendarmerie einschritt. Nunmehr wurden zwei Karlsruher Studenten vom Militärpolizeigericht in Speyer wegen Singens der deutschen Nationalhymne zu je sieben Tagen Gefängnis verurteilt.

Badische Übersicht.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 7. November.

Die neue Session des badischen Landtages, dessen Heim der flammende Präfidenten Wittmann eröffnet, der einen Wid auf die schweren Zeiten warf, bedingt durch die schlechte Ernte, Feuerung, Wohnungs- und Kohlennot und die Reparationen. Er gab der Erwartung Ausdruck, daß durch die Aufklärung der Kriegsschuldfrage der Zeitpunkt kommen wird, da der ungerechte Friedensvertrag sein Fundament verliert. Der Redner wünschte, daß unsere Argen Heimat auch ferner ein Mutterland der Ruhe und Ordnung sei. Wäge Gottes Segen über diesem Hause und seinen Arbeitenden (Schäfer Beifall).

Als erster Punkt stand die Wahl des Bureaus auf der Tagesordnung.

Es erfolgte auf Antrag des Abg. Dr. Schöfer durch Zuzuf und ergab im wesentlichen die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder.

Landtagspräsident ist wiederum Abg. Wittmann (Ztr.); Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) erster, Abg. Gebhard (Landbund) zweiter Vizepräsident. Als Sekretär fungieren nunmehr 6 Abgeordnete (früher 4) und zwar Amann und Biegelmaier-Oberkirch (Ztr.), Fischer-Karlsruhe und Graf (Soz.), Frau Strauß (Dem.) und Frau Richter (Dnat.).

Der Präsident dankte namens der Gewählten für das bewiesene Vertrauen.

Auch die Wahl der Ausschüsse vollzog sich glatt entsprechend den Vorschlägen der Fraktionen. Einer alten Übung folgend wählte dann Präsident Wittenmann den verstorbenen Mitgliedern des Landtages einen ehrenvollen Nachruf. Es sind u. a. die früheren Abgeordneten Geißl, Rat Wacker (Ztr.), Bürgermeister Red (Dem.), Schreinermeister Paul Müller (Soz.), Ratsschreiber Gotfried Ketter (Dem.), Bauernvereinspräsident Josef Rosenthaler (Ztr.), Oberlandesgerichtspräsident Dr. Dörner (war Mitglied der 1. Kammer), Stadtrat Niederbühl (Dem.) und Rechtsanwalt Michel-Freiburg (Ztr.). Das Haus erhob sich zu ihrem Andenken von den Siben, darauf war die Tagesordnung erschöpft.

Staatspräsident Dr. Hummel

machte darauf dem Hause die Mitteilung, daß er seine Ämter niederlege. Sein Abtritt in die Wirtschaft entspreche einem langgehegten Plane. Die Stellung des Ministers im neuen Deutschland soll ja kein Beruf sein. Sinn und Wortlaut der badischen Verfassung erwarten von den Ministern, daß sie nach Ablauf der Amtszeit ins Leben zurücktreten. Er glaube auch, daß die Person seines Nachfolgers die Garantie dafür bietet, daß das Amt in gute Hände zu liegen kommt. Eine Reihe von Vorschlägen für wichtige Maßnahmen auf dem Gebiete der Unterrichtsverwaltung seien bereits getroffen. So ist der Entwurf eines Lehrplanes für die Fortbildungsschulen zur Prüfung herausgegeben, der Lehrplan für die Volksschulen befindet sich in der Hand der Referenten und die Arbeiten für das neue Volksschulbuch seien fast abgeschlossen, daß sie demnächst abgeschlossen werden können. Auch für die Durchführung der neuen Lehrerbildung ist wichtige Vorarbeit geleistet. Staatspräsident Dr. Hummel erklärte weiter, daß ihn bei seinem Entschluß die Überzeugung leitete, daß weder die Lösung der Reparationsfrage noch die Sanierung der deutschen Finanzen denkbar sei, ohne enge Fühlungnahme zwischen der deutschen Wirtschaft und der Politik des Staates, um den Einfluß zwischen den wirtschaftlichen und politischen Bedürfnissen festzustellen. So wolle er getreu seinen demokratischen Grundgedanken von der Mitarbeit der Wirtschaft aus dem Ganzen dienen. Dr. Hummel sagte dem Hause verbindlichen Dank für das ihm als Unterrichtsminister und Staatspräsident entgegengebrachte Vertrauen, ebenso seinen Ministerkollegen für das freundschaftliche Zusammenwirken. Er freue sich, dem Hause als einfaches Mitglied auch weiterhin anzugehören.

Präsident Wittenmann bedauerte den Abtritt Dr. Hummels, den man gerne noch länger an der Spitze des Unterrichtsministeriums gesehen hätte. Aber seine Gründe seien zu verstehen. Dr. Hummel habe sich in aufopfernder Weise bei der Neuordnung der Dinge zur Verfügung gestellt, in seinem späteren Ressort ausgiebig und erfolgreich gewirkt und als Staatspräsident unser Land nach außen und innen musterhaft vertreten. Wir danken es ihm und unsere besten Wünsche begleiten ihn auf seinem ferneren Lebensweg. (Beifall.) Der Präsident teilte noch mit, daß Abg. Weismann ziemlich schwer erkrankt sei. Er setze die nächste Sitzung auf nachmittags 4 Uhr fest.

Um eine Verbreiterung der Koalition.

Die „Badische Politische Correspondenz“ meldet: Wittermeldungen berichten, der Deutsch-Demokratische Abgeordnete Dr. Glöckner sei an die Fraktionen des Landtages und der Deutschen Volkspartei wegen der Bildung einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft herangetreten.

Dieser Meldung liegt die Tatsache zugrunde, daß seit den letzten Landtagswahlen die Frage der Verbreiterung der Koalition durch Übernahme der Deutschen Volkspartei und des Landtages dauernd im Auge behalten wurde und daß der Abgeordnete Glöckner, um ein Bild für die Möglichkeit der Zusammenarbeit im kommenden Landtag zu gewinnen, nach dieser Richtung wiederholt sondiert hat. Es hat sich dabei ergeben, daß der Gedanke einer Verbreiterung der Koalition zurzeit berührt ist.

Die Sozialdemokratie für Dr. Heilpach.

Wie der „Mannheimer Volksstimme“ von unterrichteter Seite gemeldet wird, ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß Prof. Dr. Heilpach als Kultus- und Unterrichtsminister von der Sozialdemokratie abgelehrt werde. Damit ist die heutige Wahl Prof. Dr. Heilpachs im Landtag, der nach § 52 der badischen Verfassung vom 21. März 1919 die Minister „aus dem zum Landtag wählbaren Staatsbürgern unter Bezeichnung der von ihnen zu verwaltenden Ministerien in öffentlicher Sitzung“ zu wählen hat, gesichert.

Eine Rettungsaktion der Badischen Staatsverwaltung.

Auf einem kommunalpolitischen Abend der Zentrumspartei Karlsruhe-Süd berührte Finanzminister Köhler einige volkswirtschaftliche Fragen. Er betonte dabei, so wichtig eine endliche Änderung der Reparationsleistung sei, so müsse aber auch im Innern endlich Hand angelegt werden, um dem immer trostloser werdenden Produktionsrückgang zu steuern. Alle schaffenden Schichten müßten sich im Interesse der Erhaltung des Vaterlandes und des Lebens zur höchsten Arbeitsleistung entschließen. Das pharisäische Getriebe, immer nur vom Anderen Befreiungen zu verlangen, müsse aufhören; alle müßten ihre letzte Kraft geben. Die Staatsbetriebe müßten hierin vorbildlich werden, schon aus Dankbarkeit gegenüber dem Volksganzen. Die Vorlage in einem Teil der freien Berufe sei entscheidend.

Für den Bereich der Finanzverwaltung werde deshalb angeordnet werden, daß vollarbeitssfähige, aber zurzeit sich ohne Arbeit befindende Angehörige dieser Berufe, soweit sie Familien zu versorgen hätten, bei den Staatsstellen eingestellt werden, an Stelle der jetzt gabelrecht vorhandenen jungen Auszubildenden. Diese seien nur die Sorge für das eigene Ich absiege. Denn die Erhaltung einer Familie sei wichtiger als die Erhöhung der Lebensannehmlichkeit eines einzelnen. Der Minister erklärte, er zweifle nicht daran, daß die ganze badische Staatsverwaltung diese Rettungsaktion durchführen werde. Diese Aktion durchföhre in keiner Weise die rückwärtslose Sozialpolitik, die der badische Staat jetzt betreibt. Mit der Durchführung äußerster Einschränkung aller Ausgaben in schärfer Ausnutzung der Einnahmequellen dürften weder Staat noch Gemeinden zuwarten, bis ein von Außen kommendes Diktat dazu zwingt; das sei auch ein Stück Selbstbestimmung. Jetzt gelte es, für die vom Vertrauen der Gemeinschaft an leitende Stellen gestellten Männer, die Fingel fest zu führen und sich nicht einfach treiben und schieben zu lassen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Mannheim, 6. Nov. Mehrere Mannheimer Familien wurden in letzter Zeit durch die unangenehme Nachricht überrascht, daß ihre Sommerhäuser verkauft worden sind. In Riegelhausen (bei Heidelberg) haben Einbrecher mehrere kleine Landhäuser, die Mannheimern gehören, ausgeplündert und schließlich noch alles dem Meer, was sie nicht unauflöslich mitzunehmen vermochten. Diese Raubzüge mögen jeuen zur

Barmung dienen, die etwa unbewachte Sommerhäuser besitzen. Ferner wurden in der Nacht zum Sonntag in einem Hause der Riegelhäuser Landstraße Silbergegenstände, Wäsche, Stoffe und Pelze im Gesamtwert von 72000 M. durch Einbruch gestohlen.

DZ. Heidelberg, 6. Nov. Doktor Heinrich Bari, ein Sohn des verstorbenen Bürgermeisters Bari, der sich durch seine Erfindungen auf demisch-medizinischem Gebiet in der wissenschaftlichen Welt einen Namen machte, wurde jetzt als Direktor an das von der Josefine und Eduard von Wertheim-Stiftung für Wissenschaft und Kunst errichtete Biomedische Forschungsinstitut in Heidelberg berufen.

DZ. Schwetzingen, 6. Nov. In der Nacht vom 3. bis 4. November wurde in der hiesigen katholischen Pfarrkirche der Tabernakel am Hauptaltar entzogen und ein ziemlich großer Kupferergoldener Speiseleß, sowie das mit Steinen besetzte Gerät, das zur Aufbewahrung der großen Hostie diente, gestohlen. Der Dieb hat sich vermutlich in der Kirche eingeschlichen lassen und ist dann durch das von ihm zerbrochene Fenster oberhalb des Hauptaltars geflüchtet.

DZ. Offenburg, 6. Nov. Als heute Nacht gegen 1 Uhr auf der Straße nach Hofweier ein Güterzug den Straßenübergang passiert hatte, öffnete der Wärter die Schranke, um einen Möbelwagen der Lagerhausgesellschaft Offenburg über das Gleis zu lassen. Der Wagen, der anscheinend an den Gleisen hängen blieb, wurde von einem anderen Güterzug erfasst und in der Mitte zertrümmert. Der Schaden an zerstörtem Gut geht in die Millionen. Ein Pferd wurde tödlich verletzt.

DZ. Appenweier, 6. Nov. Das große Sägewerk Appenweier hat zum zweitenmale in diesem Herbst Arbeiterentlassungen vornehmen müssen, und zwar, wie es heißt, infolge Geschäftsschwäche und Holzsmangel.

DZ. Freiburg i. B., 6. Nov. Gelegentlich der Rathenau-Demonstration in Bruch hatte sich eine größere Menschenmenge vor dem Bezirksamt eingefunden, um zu erreichen, daß die zur Vorhütung zusammengezogenen Gendarmenkräfte Löcher verließen. Trotz der Beschuldigungen wurde das Gewerkschaftsleiter Kießlich und des Landtagsabgeordneten Bod mußte, um weiteren Ausfährungen vorzubeugen, die Gendarmen abrufen. Wegen Landfriedensbruch hatten sich 7 Teilnehmer der Demonstration zu verantworten. Von ihnen wurden der Hilfsarbeiter Krey aus Bruch und der Bäcker Erbacher aus Sandbäumen um je 4 Monaten Gefängnis und der Schirmer Wilhelm Dartmann aus Kriegstetten um 6 Monaten Gefängnis verurteilt, während die anderen Angeklagten freigesprochen wurden. Die Verurteilung des Urteils wurde durch den Abg. Bod und die Abg. Frau Unger durch lärmende Zwischenrufe unterbrochen. Das Gericht verhängte gegen sie eine Ordnungsgeldstrafe von je 100 M.

Wie der „Freisauer Beobachter“ hört, wird der Sitz und das Büro der hiesigen Dweize nach Frankfurt a. M. verlegt. Die weite Entfernung Freiburgs von den Häfen Rhei und Mannheim sowie das Fehlen eines größeren Kraftwerkes dürften bei dieser Entscheidung mitgespielt haben. Andererseits dürfte aber auch die Fusion zwischen den Cleaverwerken und den Süddeutschen Al- und Melanolverken dabei mitgespielen. Die letztgenannte Firma arbeitet mit einem Kapital von 50 Millionen Mark von dem die Hälfte im Besitze der Julius Sichel AG. ist. Beide Firmen haben vor einiger Zeit in Hamburg am Reihertestanal ein großes Gelände erworben.

DZ. Altschützen, 6. Nov. Der Weidenwärtler Friedrich Dert von Ortenberg, der sich am Vorabend zu Allerheiligen zum Grab seiner Tochter nach Weingenshain begeben wollte, geriet in der Dunkelheit mit seinem Sohn vom Wege ab. Als sie endlich die Straße wieder gefunden hatten, brach plötzlich, wohl infolge der aufregenden Anstrengungen, der Vater tot zusammen.

DZ. Bezirksrats- und Kreiswahlen. In Konstanz haben sich ebenfalls sämtliche politische Parteien auf eine gemeinsame Liste geeinigt, so daß auch hier eine Wahl nicht in Frage kommt. — Genoss ist in Furtwangen für beide Wahlen ein Kompromiß zustande gekommen. — Dagegen wird es in Stodach nur für die Bezirksrats- und Kreisabgeordnetenwahl möglich sein, eine gemeinschaftliche Liste aufzustellen, während dies für die Gemeindevorordnetenwahl ausgeschlossen erscheint. In Pfullendorf ist zwischen den Parteien eine Einigung dahin zustande gekommen, daß sowohl in der Kreisversammlung, als auch im Bezirksrat von je 7 Siben das Zentrum 5, die beiden anderen Parteien je einen Sitz erhalten werden. — Weisking. Auch hier einige man sich bezüglich der Wahlen und zwar dahin, daß das Zentrum, das nach den Landtagswahlen von je 7 Siben im Bezirksrat und Kreis 6 in Anspruch zu nehmen berechtigt wäre, sich mit 6 Siben begnügt, während die Sozialdemokraten, die nach dem Landtagswahlresultat leer ausgehen müßten, einen Sitz erhalten. Den noch verbleibenden einen Sitz erhalten die Demokraten, welche bisher im Bezirksrat mit zwei Mandaten betraut waren.

Aus der Landeshauptstadt.

Außerordentliche Hauptversammlung des Verkehrsvereins.

Am 31. Oktober fand im großen Rathausaal unter dem Vorsitz des Stadtrats und Konsuls Menzinger eine außerordentliche Hauptversammlung des Verkehrsvereins statt. Der stellvertretende Vorsitzende, Buchdruckereibesitzer Friedrich Lang, eröffnete die Versammlung.

Verkehrsdirektor Lader wies auf die im Laufe des Jahres, insbesondere während der Karlsruher Herbstwoche und für den Nemanisch-pfälzischen Sonntag, geleistete Arbeit des Vereins hin und begründete die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge. Die Beiträge hätten nicht einmal ausgereicht, um die sachlichen Bürobedürfnisse zu befriedigen, geschweige denn die Gehälter für das Personal und andere Dinge zu bestreiten. Bei der Erhöhung der Beiträge sei eine gewisse Befürchtung am Platze, denn etwa 50 Prozent aller Mitglieder befänden aus Angehörigen des Beamten- und Angestelltenstandes und der freien Berufe, deren Einkommen mit der Erneuerung nicht Schritt halten könne. Aus diesem Grunde habe sich der Vorstand entschlossen, eine fünfstufige Staffelung der Beiträge vorzunehmen. Die durch die Erhöhung der Beiträge zu erzielende Summe bede jedoch kaum ein Fünftel der Gesamtausgaben. Er wies dann weiter darauf hin, daß dem Verein nach wie vor reichliche freiwillige Beiträge zustießen müßten, wenn er lebensfähig bleiben sollte. Im Hinblick auf die gemeinnützigen u. idealen Ziele des Vereins könne eine weitgehende Förderung auch wohl erwartet werden. Das Selbstbild des Vereins erfordere immer noch erhebliche Zuschüsse, weil die für Fahrkartenbestellung und Postkarten gewährten Provisionen zu gering seien und noch nicht einmal die Personalkosten deckten. In den kommenden Jahren müßte die Herbstwoche und der Nemanisch-pfälzische Sonntag noch weiter ausgebaut werden, so daß letzterer als ein Festtag im wahren Sinne des Wortes für die gesamte Südwürttemberg des Reichs gelte.

Aber das Eisenbahnwesen macht Verkehrsdirektor Lader interessante Mitteilungen. Im allgemeinen könnten die badi-

sehen Verbindungen als art bezeichnet werden. Die hiesige Reichsbahndirektion sei beabsichtigt, wo immer möglich, Verbesserungen durchzuführen. Gleichwohl müsse man gegenüber gewissen Vormachtsbestrebungen auf der Hut sein. Für den Sommerfahrplan 1923 habe der Verein im Benehmen mit der Handelskammer und dem Badischen Verkehrsverband zuständigen Orts eine Reihe von Wünschen geäußert, die sich sowohl auf die Weiterbildung des durchgehenden, als des Nahverkehrs bezögen. Erfreulich sei, daß für die Sonntagsfahrarten eine Entfernungsgrenze von 100 Kilometer festgelegt worden sei. Der Verkehrsverein habe auch hier dem hiesigen Stationsamt in Verbindung mit dem Schwarzwaldverein Wünsche nach Einbeziehung einer größeren Anzahl von Ausflugsorten des Schwarzwaldes, Württembergs und der Pfalz in die neue Zone unterbreitet. Er beabsichtige ferner, mit diesen und anderen dafür in Frage kommenden Organisationen, ähnlich wie der Badische Verkehrsverband, fortan Touristensonderzüge, eventl. auch Winterbesuche, zu führen. — Weiter plane der Verkehrsverein die Errichtung von Wanderherbergen für Altwanderer, die ähnlich wie die bereits bestehenden Jugendherbergen eingerichtet werden sollen, da bei den wesentlich veränderten wirtschaftl. Verhältnissen ein dringendes Bedürfnis hierfür besteht. Er kommt sodann auf die in diesem Jahr hier stattgehabten Kongresse zu sprechen, die einen lebhaften Fremdenverkehr gebracht hätten, auf die Werberarbeit des Vereins in propagandistischer Hinsicht, auf die im nächsten Jahre hier stattfindende große Deutsche Kunstausstellung, mit deren Eröffnung der Verkehrsverein ein Musikfest und einige bedeutende Kongresse verbinden will. — Im September hätten rund 11000 Personen in Hotels und Gasthäusern übernachtet, das sei die höchste Monatsziffer des Jahres, demzufolge sei im September die größte Einnahme an Fremdensteuer erzielt worden, ein Zeichen dafür, daß die Herbstwoche auch in wirtschaftlicher Beziehung von Erfolg begleitet gewesen sei. Zu beachten sei dabei, daß nur ein kleiner Teil aller Fremden übernachtete, die weitaus größere Zahl der Nachtfremden stellten die polizeilich nicht gemeldeten, in Privatquartieren übernachteten Fremden und die Tagesfremden dar.

Der Stadtverwaltung und dem Stadtrat sprach Direktor Lader wärmsten Dank für die reiche Unterstützung aus.

Stadtrat Menzinger dankte dem Redner für seinen Bericht und knüpfte hieran mahnende Worte, dem Verein die Unterstützung, besonders die finanzielle, nicht zu verlagern, denn es sei offenkundig, was die Stadt dem Verein für seine rührige Tätigkeit zu danken habe. Die auf der Tagesordnung stehenden Punkte fanden einstimmige Annahme.

Die Mindestbeiträge werden wie folgt festgesetzt: Für Industrie und Banken 2000 M., für den Großhandel und größere Soleis 1000 M., für Wirtschaften und kleinere Gasthäuser 500 M., für Ladengeschäfte 300 M., für sonstige Personen (Beamte, Angestellte, freie Berufe) 50 M. und schließlich für Vereine und Organisationen je nach Zweck und Ziel ihrer Bestrebungen und ihren Verhältnissen 100—1000 M.

Zum I. Vorsitzenden wurde Stadtrat und Kaufmann Karl Wihler und zum weiteren stellvertretenden Vorsitzenden — der bisherige stellv. Vorsitzende Lang bleibt im Amte — Stadtverordneter Professor Rudolf Wilhelm einstimmig gewählt, als weitere Ausschussmitglieder werden zugewählt Großkaufmann Wilhelm Kemmer, Kunstmaler Paul Kusche, Brauereidirektor Heinrich Wöninger. An Stelle des zurücktretenden Stadtvorstandesrats Karl Kistner wird der Geschäftsführer des Badischen Verkehrsverbandes, Eisenbahninspektor Otto Nieser, zum Ausschussmitglied gewählt.

Der Vorschlag des geschäftsleitenden Vorstandes, den vertriehten, langjährigen H. bzw. I. Vorsitzenden des Vereins, Stadtrat und Konsul Menzinger, der infolge Übernahme des Amtes als Präsident des Badischen Verkehrsverbandes den Vorsitz niederlegen muß, zum Ehrenmitglied zu ernennen, fand einstimmige Annahme.

Sch. Hundeshau. Im Kühlen Krug veranstaltete am Sonntag der Verein der Hundefreunde (früher 1. Bad. kynologischer Verein und 1. Karlsruher Kynologen-Klub) eine Schau von Hunden aller Rassen. Diese Schau hatte keinen allgemeinen Charakter, sondern war lediglich für den Verein arrangiert, doch hatte die Schaulitung bestimmt, daß auch sonstige Hundebesitzer zugelassen sind, so daß etwa 170 Tiere zur Stelle gewesen, darunter auch 2 Barbois. Das Wetter war der Veranstaltung günstig, so daß das Nichter der Hunde im Freien vorgenommen werden konnte. An den Preisrichtern hatte man nicht gespart, doch zog sich die Richterung bis nach 4 Uhr hin. Es waren als Richter gebeten die Herren Künfel-Karlsruhe für Airedale-Terrier; Siffinger-Nieser für Schäferhunde; Verhard-Sandhausen für Dobermänner; Sterle-Frozheim für Schnauzer und Zwerghunde; J. Schwarz-Karlsruhe für Bernhärder, Doggen und Kaufmänner; Dell-Frozheim für Dackelhunde, Bulldoggen, Spiker, sowie J. Schmidt für französische Bulldoggen, welche ebenfalls zur Stelle gewesen. Am stärksten vertreten waren die Schäferhunde, ihnen folgten die Dobermannpischer. Das Material, welches zur Schau gebracht, war ein sehr gutes und stand in manchem, einer Großstadt nicht nach. Die Leitung der Schau lag in den bewährten Händen des Herrn Julius Schmidt und wurde derselbe durch den 2. Vorsitzenden des Vereins, Herrn Stoll, tatkräftig unterstützt. Die Aussteller der Hunde erhielten je nach der Qualifizierung einen Qualitäts- bzw. Gütschein, auf Grund welchem am Abend die Preisverteilung nebst Abgabe der Ehrenpreise erfolgte. An letzteren ließ es der Verein nicht fehlen, so daß in diesem Punkte die Aussteller wohl auf ihre Rechnung gekommen sein dürften. In Verbindung mit der Preisverteilung fand am Abend, ebenfalls im Kühlen Krug, eine Abendunterhaltung statt, an welcher sich die Mitglieder mit ihren Familienangehörigen zahlreich beteiligten.

Mit dieser Schau bewies der Verein der Hundefreunde, daß er trotz der ersten Zeit nicht erlahmt, der Züchtung, Haltung und Pflege edler Hunderrassen volles Verständnis entgegenbringt, wie das auch früher der Fall gewesen, als die beiden Vereine noch getrennt dasselbe Ziel verfolgten.

* Niederabend Gorry Nera. Im gutbesetzten Eintrachtsaal trat gestern zum ersten Male in Karlsruhe die Sängerin Gorry Nera auf. Ihr glodenseller, mühelos ansprechender Sopran ist in allen Lagen meisterhaft ausgeglichen, ihr Piano ist von einer seltenen Zartheit, besonders in der Höhe.

Sie brachte außer bekannten Liedern von Brahms, Meyer und Strauß, Kompositionen ihres vorerfassen Begleiters Prof. Luthar zu Gehör, die durch ihre Klangmalerei entzückten.

Das Publikum dankte der Sängerin durch lebhaften Beifall, so daß sie sich zu einigen Dreingaben entschließen mußte. Man wird die selten begabte Sängerin gerne wieder einmal hier hören.

* Landestheater. „Don Juan und Faust“, Tragödie in 4 Aufzügen (9 Bildern) von Christian Dietrich Grabbe, die in der Bühnenbearbeitung von Erich Köhler am Donnerstag, den 9. November (Abonnement G 7) zum erstenmal in Szene geht, wird in ihren Hauptgestalten mit folgenden Darstellern besetzt sein: Robert Würtner: Dr. Faust, Stefan Dahlen: Don Juan, Martha Müller: Donna Anna; neben diesen werden die Herren Endlein, Gemmede, Herz, Söder, Müller, von der Trend-Ilkrici, Rag Schneider u. a. mit. Neueinstudierung und Inszenierung liegen in den Händen Felix Baumhachs, die musische Einrichtung leitete Emil Vurlard, die Auswahl und Direction der Kostüme Margarete Schellenberg

Die Karlsruher Winternothilfe.

Der Kreis der Helfenden — Die Notleidenden — 6 Millionen bereits eingegangen — Ein Basar in der Festhalle? — Errichtung eines Lebensmitteldepots — Eine freiwillige Überstunde der Arbeiterschaft — Der Basar eine Altmaterialmesse Besitz von Arbeitskraft verpflichtet — Festlegung des Aufzuges.

Am gestrigen Nachmittag fanden sich Vertreter der Stadt sowie Vertreter fast sämtlicher Organisationen und Parteien und der Presse im Sitzungssaal des hiesigen Rathauses zusammen, um über die Maßnahmen der Stadt Karlsruhe für die Winternothilfe zu beraten.

Oberbürgermeister Dr. Finter leitete die Besprechungen. Er wies darauf hin, daß die Auswirkungen einer solchen großzügigen Nothilfe wohl erst im Frühjahr recht in Erscheinung treten werden, wenn bis dahin kein Wandel in der traurigen Nothlage weiter Bevölkerungsteile geschaffen worden ist. Früher hat man sich immer an die Waisenden gewandt. Auch heute wird man sich an diese in erster Linie wenden müssen. Das genügt aber nicht nur, denn das größte Gut, das man heute erfassen kann ist die Arbeitskraft eines jeden Einzelnen, die man in den Dienst der Sache stellen muß. Das Neue in der Situation ist, daß der Kreis größer gezogen wird, wie früher. Vor allem muß den durch Krankheit Verarmten, dem Alter, den Veteranen der Arbeit geholfen werden, den Waisen und Witwen, denen der grausame Krieg den Ernährer geraubt hat.

Die öffentlichen Mittel sind zu gering geworden, auch aus den Steuern der Gemeinden und des Reiches kann nichts mehr für Unterstützungen herausgeschöpft werden. Gemeinde und Reich sind am Ende ihrer Unterstützungsmittel angelangt. Vor allem gilt es auch den freien Beruf zu helfen, die sich durch Stundengeben oder gelegentliche geistige Arbeit durchschlagen müssen, Klavierlehrerinnen und andere verachtete Arme, die ganz besonders leiden.

Es ist zu begrüßen, daß die Reichsregierung von sich aus einen Appell an das Volk gerichtet hat. Wir wissen, daß auch in unserer Stadt, der Aufruf nicht ungehört verhallen wird. Nach einer Besprechung mit den vermögends- hiesigen Einwohnern sind bereits 6 Millionen Mark zusammengekommen, teils an Geld, teils an Naturalien. Mit den heutigen Beratungen soll die Grundlage für das großzügige Werk einer Winternothilfe geschaffen werden. Etwas muß geschehen!

Geistlicher Rat Stadtbefehlant erklärt, daß man in katholischen Kreisen die Aktion mit allen Kräften unterstützen wird. Kommerzienrat Gsell, als Vertreter der Handelskammer, sagt die Mitwirkung derselben zu. Die Errichtung eines Basars in der Festhalle werde vielleicht auf leichte Art Geld einbringen.

Stadtrat Kühn unterstreicht, daß man bald ans Werk gehen müsse. Mit der Abhaltung eines Basars könne er sich aber nicht befremden. Das Verbinden einer solchen Hilfsaktion mit Vergnügen sei nicht zeitgemäß. Er regt an, man solle nicht nur eine Geldsammlung, sondern auch eine solche von Materialien veranstalten. In jedem einzelnen Haushalt, seien Papier, Alteisen oder Metalle entbehrlich.

Stadträtin Mathies tritt für eine Vereinfachung der Hilfsaktion ein, und wendet sich deshalb gegen die Errichtung eines Basars, da schon an den Vorbereitungen viel Geld hängen bleibe.

Auch Oberbürgermeister Finter kann diese Idee nicht zustimmen, da die Setzungskosten der Festhalle für einen Tag bereits 50 Tausend Mark betragen.

Präsident Fischer bekundet, daß die evangelische Kirchengemeinde sich mit aller Unterstützung an dem schönen Werk

beteiligen werde. Auch er spricht sein Mißfallen an dem Basar aus, regt dagegen an, daß Sammlungen einzelner Korporationen und Vereine in ihrem Kreis viel Erfolg versprechen würden.

Der Vorsitzende, der Sozialrentner, Nimmelspacher, wünschte mögliche Einheitslichkeit in dem Unternehmen. Ein Vertreter des Genossenschaftsverbandes der landwirtschaftlichen Vereinigungen sagt die Beteiligung der Landwirtschaft zu. Man werde vor allem Lebensmittel hoftauern. Zur Abgabe derselben würde ein Depot in hiesiger Stadt errichtet werden.

Der Vertreter des Ortskartells des deutschen Beamtenbundes sagt seinerseits die Unterbindung der Hilfsaktion zu.

Der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, Arbeitersekretär Erb, übermittelt die Bereitwilligkeit der Arbeiterschaft, obwohl viele Arbeiter bei der derzeitigen Lage nicht mehr viel übrig hätten.

Generaldirektor Dr. Döberlein der Maschinenbaugesellschaft regt als zweckmäßigsten Beitrag zur Winternothilfe von Seiten der Arbeiterschaft die Leistung einer freiwilligen Überstunde an. Wenn bei seinem Unternehmen z. B. 3000 Arbeiter nur eine Überstunde leisten würden, so mache das bereits eine Summe von 400 000 M. aus. Die Unternehmerhaft werde selbstverständlich das Hilfswort nur unterstützen. Ein völlig anderes Gesicht gibt er den ersten Vorschlägen bezüglich der Errichtung eines Basars. Die Anregung des Herrn Kommerzienrat Gsell der Handelskammer seien mißverstanden worden. Es handle sich nicht um einen Vergnügungsbasar, sondern um eine Altmaterialmesse. Bürger, die nicht über Geld, sondern über Altmaterial verfügen, können daselbe bei dieser Gelegenheit abliefern und wieder andere, die nicht in der Lage sind, sich neue Sachen anzuschaffen, können daselbe bei dieser Gelegenheit günstig erwerben. Der Ertrag fließe der Winternothilfe zu. Wenn sich der Einzelhandel zur Verfügung stellt, so dürfe der Gedanke eines solchen Basars nicht von der Hand gewiesen werden, es wäre sicherlich ein außerordentlich erfolgreiches Unternehmen.

Auf eine Bemerkung des Herrn Nimmelspacher betreffs Überstunden der Arbeiterschaft antwortet Oberbürgermeister Dr. Finter, daß der großzügige Aufruf sofort der Boden zugehen würde, wenn man einzelne Stände von vornherein ausschalten wolle, oder wenn wiederum nur bestimmte Stände und Gruppen zu einer solchen herangezogen werden. Auch die Arbeiterschaft könne sich nicht von der Hilfsaktion ausschließen. Man verlange von Arbeiter nichts von dem Kapital, was er für seinen Lebensunterhalt sich verdiene. Aber eines habe er, das sei seine Arbeitskraft, und damit auch die moralische Verpflichtung, mit dieser an dem Hilfswort sich zu beteiligen. Nicht nur der bloße Besitz verpflichtet, sondern vor allem der Besitz der Arbeitskraft! Zudem sollen die Beiträge nicht auf dem Zwangswege, sondern lediglich freiwillig geschehen. Nur wenn alle helfen, kann das Werk gelingen!

Dem fügt Stadtrat Jakob hinzu, daß wenn die Aktion Erfolg haben solle, alle Berufskreise sich an dieser beteiligen müßten. Die Arbeiterschaft besitze auch soviel Idealismus, um nicht zurückzufallen. Dem Gedanken des Basars in Form einer Altmesse siehe auch er sympathisch gegenüber.

Arbeitersekretär Erb erwähnt an einem Beispiel die Opferfreudigkeit der Arbeiter. Die Prüfung des Vorschlags, eine Überstunde zu leisten, wird zugesagt.

Auch Stadtrat Schwert glaubt an eine Beteiligung der Arbeiterschaft. Selbstverständlich müsse man noch Rücksprache nehmen, in welcher Weise eine solche geschehe. Die Arbeiterschaft wird sich nicht ausschließen, das ist sicher.

In einer sehr regen Aussprache, welche Bürgermeister Dr. Horstmann leitete, wurde über einen Aufruf von Seiten der Stadt beraten. Es wurde eine Pressekommission gebildet, welche den neuen kürzeren Wortlaut des Aufrufes festlegen solle. Sodann wurden die Namen der Ausschußmitglieder festgestellt, an deren Spitze Oberbürgermeister Dr. Finter stehen wird.

Staatsanzeiger.

Ausgabe von Notgeld.

Das Reichsfinanzministerium hat die Umlaufzeit für alles Notgeld, dessen Ausgabe es im Einvernehmen mit der Landesregierung bewilligt hat, bis zum 15. Dezember 1922 verlängert. Die Verlängerung gilt auch für diejenigen Scheine, auf denen ein früherer Ablauf vermerkt ist. Soweit die in einzelnen Fällen bewilligte Umlaufzeit erst nach dem 15. Dezember ablaufen würde, verbleibt es bei dieser für den Einzelfall bestimmten Frist.

Karlsruhe, den 6. November 1922.

Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
Veers.

Spann.

Vollzug des Kennwert- und Lotteriegesezes, hier Gesuch des Lotterietreibers Hermann Gühring in Forzheim, um Zulassung zur Ausübung des Budenmachergewerbes.

Dem am 29. März 1883 in Ettlingen geborenen, in Forzheim, Lindenstr. Nr. 41, wohnhaften Lotterietreibers Hermann Gühring wurde vorbehaltlich jederzeitigen Widerrufs für die Zeit bis zum 31. Dezember 1922 die Erlaubnis erteilt, innerhalb der Stadt Forzheim gewerbsmäßig Wetten bei öffentlichen Leistungsprüfungen für Pferde abzuschließen oder zu vermitteln.

Karlsruhe, den 3. November 1922.

Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
Veers.

Spann.

Bekanntmachung.

Die überlinger Münsterbau- und Lotteriegewerbe. Dem Münsterbauverein überlingen wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer weiteren Geldlotterie erteilt.

Karlsruhe, den 3. November 1922.

Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
J. A. Dr. A. Jung.

Schmidt.

Bekanntmachung.

Die Beamten des badischen Revolutionsvereins. Dem Diplomingenieur Ernst Haber in Mannheim sind die Befugnisse eines Sachverständigen für die Prüfung von Aufzügen, Druckgeräten und Hebelapparaten, dem Elektroingenieur Karl Sauter in Mannheim die Befugnisse eines Sachverständigen für die Prüfung von Aufzügen im Freistaat Baden übertragen worden.

Karlsruhe, den 3. November 1922.

Badisches Arbeitsministerium.
Der Ministerialdirektor:
J. B. J. Hoff.

Spiegel.

Das Karlsruher Adreßbuch 1923

erscheint Anfang Dezember. Der Subskriptionspreis mit 20 Proz. Ermäßigung bei Vorauszahlung von 600 M. gilt noch bis Ende November. Bestellung und Zahlung nur an den Verlag des Karlsruher Adreßbuchs, Karlsruhe, Karlsruherstr. 14 (Schalferraum).

Badisches Landestheater.
Mittwoch, 8. Nov. 7-9 1/4 Uhr. 200 Mk.
Abonn. D 7. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 501-900.
Die Spieler. Die Komödie der Irrungen.

Öffentliche Mahnung.

Die erste Hälfte des Gebäudeversicherungsbeitrags für das Versicherungsjahr 1921 war bis zum 7. November 1922 an das Finanzamt (Finanzkasse) Karlsruhe-Stadt bzw. an die Steuereinnahmestellen zu zahlen. §. 655

Wer seiner Verpflichtung nicht nachgekommen ist, wird hiermit öffentlich an die Zahlung gemahnt.

Für diese Mahnung werden Mahngebühren erhoben. Wir bemerken weiter, daß nach Ablauf einer Woche das Betreibungsverfahren eingeleitet werden wird.

Man zahle bargeldlos!
Karlsruhe, den 8. November 1922.
Finanzamt-Stadt.

Bekanntmachung.

Das vierte Viertel der vorläufig für 1922 zu zahlenden Steuer aus Liegenschafts- und Betriebsvermögen ebenso das vierte Viertel der vorläufig zu zahlenden Reichseinkommensteuer für 1922 ist bis zum 15. 11. 22 an das Finanzamt (Finanzkasse) Karlsruhe-Stadt zu zahlen. §. 656

Wir weisen auf die Fälligkeit der Abgaben mit dem Bemerkung hin, daß bei nicht rechtzeitiger Zahlung Mahngebühren erhoben werden. Vom 16. November 1922 an ist weiter für die rückständige Steuer aus Liegenschafts- und Betriebsvermögen eine Veräußerungsgebühr zu entrichten.

Man zahle bargeldlos!
Karlsruhe, den 6. November 1922.
Finanzamt-Stadt.

Jüngerer Ratsschreiber
(Alter 20-24 J.) mit guter Ausbildung zum sofortigen Eintritt gesucht. A. 957

Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Lebenslauf sind zu richten an den Gemeinderat, Stadt Schwanl. Wiesental.

Einige Gläubiger unserer Gesellschaft wollen sofort ihre Forderungen anmelden. A. 936.3.3

„Inez“ Internationale Er- und Import-Gesellschaft m. b. H. in Liquidation
Kriegstraße 116.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus
Mittwoch, 8. und Donnerstag, 9. Nov., 5 und 8 Uhr:
Durch Deutsch-Oesterreichs Alpenparadies
Film- und Lichtbildvortrag: Herr Chr. Münch.
Herstellung von Pflanzenölen einst und jetzt
Vortrag: Herr Dipl.-Ing. Fitz. A. 960
Kapitän Groggs Löwenabenteuer (Scherzfilm).
Siehe Plakatsäulen

Bilanz.

Aktiva.		Passiva.	
M.	℥	M.	℥
Neubautenfoto	230 020 43	Geschäftsguthaben der Genossen	21 240 —
Baubundbeteiligung	500 —	Reserven	150 —
Bauguthaben	15 364 —	Solofonto	14 833 45
Kassenbestand	1 356 48	Zuschußkonto	129 157 10
		Bankschulden	77 875 53
		Vortrag aus 1920	268 33 —
		Gewinn	3 716 50
	247 240 91		247 240 91

Gewinn- und Verlustrechnung.

Soll.		Haben.	
M.	℥	M.	℥
Unkosten	597 92	Zinsen	282 42
Gewinn	3 716 50	Mieten	4 032 —
	4 314 42		4 314 42

Mitgliederbewegung.

Stand am 31. Dezember 1920 43 Genossen 111 Geschäftsanteile
Zugang 1 1
Abgang 44 Genossen 112 Geschäftsanteile
Bestand am 31. Dezember 1921 44 Genossen 112 Geschäftsanteile à 200 M. und M. 22 400.— Gastsumme.

Söllingen (Amt Durlach), den 31. Dezember 1921.
Gemeinnützige Baugenossenschaft Söllingen e. G. m. b. H.
gez. Bürger. gez. Frey. A. 961

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitliche Gerichtsbarkeit.
Essentielle Zustellung.
§. 613.2.2 Mosbach. Die minderjährige Olga Swintulla in Halle a. S., vertreten durch d. Pfleger Emil Kreuzberg daselbst, Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwältin Kapferer und Wopp in Mosbach, Baden, klagt gegen den Brennmeister Anton Swintulla, zuletzt in Redarels, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, auf Grund der Behauptung, daß der Beklagte als ehelicher Vater der Klägerin unterhaltspflichtig sei, mit dem Antrag auf kostenpflichtige vorläufig vollstreckbare Verurteilung des Beklagten zur Entrichtung einer in vierteljährlich vorauszahlbaren Unterhaltsrente von monatlich 1500 Mark vom 1. Oktober 1922 an. Der Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Amtsgericht zu Mosbach, Baden, auf Dienstag, den 19. Dezember 1922, vormittags 9 Uhr, geladen.

Mosbach, 3. Nov. 1922.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

§. 646. Schwöbigen. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Radehans & Astor G. m. b. H. in Neilingen ist Schlußtermin zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwen-

dungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht bemerkbaren Vermögensgegenstände bestimmt auf:
Donnerstag, d. 23. Nov. 1922, vorm. 10 Uhr,
vor dem Amtsgerichte hier selbst — Zimmer Nr. 7 —.

Die Gebühren und Auslagen des Konkursverwalters wurden auf 2500 M. festgesetzt.
Schwöbigen, 31. Okt. 1922.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts 2.

Verj. Bekanntmachungen
Gehobenenarbeiten für den Neubau eines Dienstwohngebäudes an der Güterstraße in Forzheim öffentlich zu vergeben und zwar Verputz, Steinzeug- und Terrazzo, Glaser, Schreiner, Schlosser, Installations-, Maler- und Tapezierarbeiten. Zeichnungen, Bedingungen und Arbeitsbeschränke auf unserem Büro, Luisenstr. Nr. 2, Zimmer Nr. 9 zur Einsicht. Dort auch Abgabe der Angebotsordrude. Angebote verschlossen mit entsprechender Aufschrift bis Dienstag, den 14. November 1922, vormittags 11 Uhr, dem Zeitpunkt der Eröffnung, postfrei an uns einzureichen. Zuschlagsfrist drei Wochen. §. 568.2.2

Forzheim, 27. Okt. 1922.
Baubauinspektion.